

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Generalsturm auf die Arbeiterschaft

Der Wahwitz wird verstärkt fortgesetzt

Der Zerfall der kapitalistischen Ordnung muß sich noch schneller vollziehen, als es nach außen hin den Anschein hat. Denn die letzte Woche hat eine unerhörte Fülle von Vorschlägen und Maßnahmen gebracht, die sich nicht anders deuten lassen, als den letzten großen Versuch, das Verenden dieser Ordnung auf Kosten der arbeitenden Schichten aufzuhalten. Der neueste Krampf der Kapitalistenklasse und ihrer politischen Agenturen läßt keine andere Deutung zu als die: das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist seiner Auflösung viel näher, als man bislang gemeinhin anzunehmen geneigt war.

Was den Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft verschleunert hat, war der Wahwitz, es blühend zu machen, indem man den wesentlichsten Teil der Wirtschaft, die Arbeiterklasse, immer mehr ins Elend stößt. Dieser selbe Wahwitz soll nun aufs höchste gesteigert werden: Eine Unmasse von Lohntarifen ist von den Unternehmern auf den 31. Oktober gekündigt worden, darunter die der Reichsbahn und der Berliner Metallindustrie. Der ausgesprochene Zweck dieser Kündigungen ist eine (abermalige) Lohnkürzung von 7 bis 20 vH. Die Hoffnungen der Lohnquetscher ranken sich an der beispiellosen Arbeitslosigkeit und an der Willigkeit der amtlichen Schlichter empor, und diese Hoffnungen haben durch den neuesten Schiedsspruch im Ruhrbergbau starken Auftrieb erhalten.

Im Ruhrbergbau sind die Löhne durch Schiedsspruch eines Dreimännerkollegiums um 7 vH gekürzt worden. Die Gewerkschaften haben den Reichsarbeitsminister vergeblich beschworen, diesen neuesten Lohnraub nicht für verbindlich zu erklären. Den Zechenbaronen ging der Lohnabzug nicht weit genug. Die Reichsregierung hat sie durch eine milde, aber gut zu Buchschlagende Gabe — auf Kosten der Allgemeinheit besänftigt. Und zwar auf folgende Weise: Durch Notverordnung werden die Zechenherren und die Untertagearbeiter von der Zahlung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung befreit. Das bringt den Zechenherren neben dem Lohnabbau von 7 vH einen Gewinn von 3 1/4 vH, also zusammen einen Gewinn von 10 1/4 vH der Lohnsumme. Für die Arbeiter bedeutet die Beitragsbefreiung eine Verminderung des Lohnabzugs von 7 vH um 3 1/4 vH. Den Ausfall, den die Beitragsbefreiung bedeutet, trägt die Allgemeinheit. Eine millionenschwere Subvention für die millionenschweren Kohlenbarone!

Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau wird allgemein als der Beginn einer neuen großen Lohnabbauwelle bezeichnet. Kein Grund, der dem widerspricht. Der Generalsturm auf die Löhne und sozialpolitischen Einrichtungen hat eingesetzt. Wer daran zweifelt, der wird durch die neueste Kundgebung der elf maßgebenden Unternehmerverbände eines andern belehrt.

In einer Eingabe an die Reichsregierung fordern diese Verbände Abbau der Ausgaben und Aufgaben der gesamten öffentlichen Hand, was auf eine Einschränkung der gemeinnützigen Betriebe hinausläuft. Sie fordern weiter Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse, was auf die Auslöschung und Beseitigung des Tarifrechts hinzielt zu dem Zwecke, den Lohnraub künftig noch hemmungsloser betreiben zu können. Sie fordern ferner Anpassung der Ausgaben der Sozialversicherung an das wirtschaftlich Mögliche, was als weiterer Abbau der sozialen Einrichtungen zu buchstabieren ist. Schließlich fordern sie die Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere im Wohnungswesen, was aus dem Jargon der Profitmacher ins Deutsche übertragen heißt: völlige Beseitigung des Schutzes der Mieter usw.

Allerdings verlangen die Unternehmerverbände auch die Einstellung der Subventionen. Das ist jedoch bloß für die Galerie. Denn kein Mensch wird annehmen, daß die Organisationen der Subventionsempfänger etwa die staatlichen Subventionen abschaffen wollen. Sie würden mit den Borsigs, den Goldschmidts, den Zechenherren in einen garstigen Konflikt geraten. Und von der Beseitigung der dicksten aller Subventionen, dem Zollwucher und dem Preiswucher durch die Kartelle, sprechen die Unternehmerverbände überhaupt nicht. Dieses Schweigen ist beredter als alle Worte.

Es wird verschiedentlich behauptet, daß die Forderungen der Unternehmerverbände zur Unterstützung der jetzt im Gange befindlichen Regierungsmaßnahmen anzunehmen seien. Diese Behauptung wird allerdings bezweifelt. Wie dem auch sei, auffallend bleibt jedenfalls, daß die organisierte Sozialreaktion just zu der Stunde mit ihrer Kundgebung kommt, wo die Regierung vor der Veröffentlichung neuer „Notmaßnahmen“ steht. Die erste dieser „Notmaßnahmen“ wird jetzt, wo diese Zeilen geschrieben werden, bekannt. Sie betrifft abermals die Ärmsten der Armen, die schon so viel geschöpften Arbeitslosen. Laut dem Wolffschen Büro hat der Vorstand der Reichsanstalt am 1. Oktober beschlossen, die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung von 26 Wochen auf 20 Wochen, für berufsunfähig Arbeitslose auf 16 Wochen zu kürzen. Die Neuregelung tritt am 5. Oktober in Kraft.

Mit dieser Bekanntmachung kommen Mitteilungen, daß die allernächsten Tage noch mehr solcher „Notmaßnahmen“ bringen werden. Das heißt also, daß noch mehr aus den Taschen der Erwerbslosen, den Arbeitern, den Mietern und Verbrauchern, kurzum aus den Taschen der unteren Schichten genommen werden soll, um der kapitalistischen Wirtschaft und ihrem politischen System das Leben zu erhalten.

Angesichts dieser Unternehmerforderungen, dieser neuen Anschläge auf den Lohn und dieser neuesten „Notmaßnahmen“ kann man nicht umhin, zu staunen. Zu staunen über den Wahwitz, damit das Leben der kapitalistischen Wirtschaft und ihres politischen Systems erhalten zu wollen.

Unserer kapitalistischen Oberschicht hat noch niemand viel Mutterwitz nachgesagt. Aber soviel Witz dürften unsere sogenannten Wirtschaftsführer, Minister, Professoren, Syndizi und Sachverständigen schließlich doch wohl haben, um herauszufinden, daß man mit einer weiteren Leerung der Lohntüte und einer weiteren Schröpfung der Arbeitslosen nur die Käuferschaft noch mehr vermindert, den Absatz weiter drosselt, noch mehr Fabriken zum Erliegen bringt und das Heer der Arbeitslosen noch umfangreicher macht. Wir meinen, das dürfte die kapitalistische Oberschicht schließlich doch voraussehen. Wenn sie dennoch bei ihrem Wahwitz verbleibt, ja ihn noch versessener betätigt, so bleibt keine andere Annahme, als daß sie eben nichts besseres zu tun weiß, daß sie geistig bankrott ist. Das ist in der Tat der Fall.

Die Ärzte, deren Medizin die Wirtschaft bis auf den Tod krank gemacht hat, verabreichen dieselbe Medizin in verstärkten Dosen. So haben wir ein noch schlimmeres Stadium der Krankheit zu gewärtigen. Ist es das letzte Stadium vor dem völligen Verenden? Es sieht gerade danach aus. F. K.

## Die Antwort der Gewerkschaften

Auf das Sofortprogramm der Unternehmerverbände

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben. Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen. Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnote der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig hatlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnote in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Überrationalisierung, Kapitalfehlleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1 1/2 Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben.

Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein. Die krasse Interessentpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeiterschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem seither beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rücksichtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und der Reparationen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
 Allgemeiner freier Angestelltenbund  
 Deutscher Gewerkschaftsbund  
 Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände

## Massensterben im Waggonbau

Soll er ganz zum Erliegen kommen?

Bis zum Frühjahr dieses Jahres hat die Waggonindustrie eine überraschende Sonderkonjunktur aufzuweisen gehabt. Die Betriebe waren durchweg zufriedenstellend beschäftigt und infolge der erheblichen Kostensenkungen durch verbesserte Produktionsmethoden (Austauschbau) wiesen die Abschlüsse der meisten Gesellschaften für 1930 Gewinne auf, die den Waggonbau im zweiten Jahr der Wirtschaftskrise zu einer der wenigen rentablen Industrien stempelten.

Dieser Zustand hat sich jetzt mit einem Schlage geändert. Der Waggonbau ist, genau so wie die Lokomotivindustrie, so wesentlich von den Aufträgen der deutschen Reichsbahn abhängig, daß man von einem Bestellermonopol der Reichsbahn sprechen kann. Wenn dieses Auftragsmonopol des größten öffentlichen deutschen Unternehmens auch zweifellos die Vorzüge hat, so stehen einem derartigen Monopol doch auch erhebliche Nachteile entgegen. Für die Waggonindustrie und in allererster Linie für die in ihr tätigen 70 000 Qualitätsarbeiter liegt der Nachteil der völligen Abhängigkeit von der Reichsbahn darin, daß Lebensinteressen der Industrie von den wirtschaftlichen Interessen der Reichsbahn selbst abhängig werden. Dies zeigt sich jetzt, wo die Reichsbahn selbst mit allergrößten finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der seit 1 1/2 Jahren zusammenschrumpfende Güterverkehr und die damit verbundenen Einnahmeverluste haben die Reichsbahn ohne Rücksicht auf die davon betroffenen Industrien zur scharfen Einschränkung ihres Auftragsprogramms veranlaßt.

Die Reichsbahn, die alle weiteren Bestellungen für dieses Jahr abgestoppt hat und auch keineswegs geneigt

ist, Aufträge für 1932 vorweg zu vergeben, sieht mit ziemlicher Ruhe ebenso wie die Reichsregierung zu, wie eine Industrie, die ihrer ganzen Struktur nach von öffentlichen Aufträgen lebt, nach und nach absterbt. Die 60 Waggonbetriebe, die in der Betriebszählung von 1925 noch erfaßt wurden, waren bereits 1927 auf 52 Werke zurückgegangen und sind bis heute auf 26 zusammengeschrumpft. Dies ist ein ganz außerordentlicher Rationalisierungserfolg, wenn auch die Tatsache besteht, daß die Leistungsfähigkeit der Waggonindustrie im jetzigen Rahmen noch zu groß ist. Wenn die Reichsbahn sich aber auf den Standpunkt stellt, zu warten, bis ein weiterer Vernichtungsprozeß nochmals die Hälfte der jetzt bestehenden Betriebe mitgerissen hat, so ist dies eine äußerst gefährliche Arbeitsmarktpolitik.

Wir haben den Vernichtungsprozeß im Lokomotivbau erlebt. Von den Waggonarbeitern sind gleichfalls Zehntausende hochqualifizierter Facharbeiter seit Jahren erwerbslos. In anderen Zweigen des Fahr-

### Aus dem Inhalt

|  | Seite |
|--|-------|
| Generalsturm auf die Arbeiterschaft — Die Antwort der Gewerkschaften — Massensterben im Waggonbau              | 295   |
| Deutsch-französische Zusammenarbeit — Neue Naziparole gegen die Gewerkschafter — Unternehmerdreistigkeit       | 296   |
| Wir wollen Menschen sein! — Die Arbeiterin als Mutter  | 297   |
| Eine Kluft droht — Jubilare feiern — Seid abermals gewarnt!  | 298   |
| Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich — Der englische Gewerkschaftskongreß — In Polen Naturalunterstützungen | 299   |
| Ueberzeitarbeit bei den Frauen — Schriftenschau  | 300   |

# Neue Naziparole gegen die Gewerkschaften

## Wirkliche Bonzenwirtschaft und Bonzengehälter

zeugbaus, dem Fahrrad- und Autobau, die nichts mit der Reichsbahn zu tun haben, liegen die Verhältnisse gleichfalls schlecht. Will die Reichsbahn und die Regierung die gewaltigen Werte, die in den hundertausenden Qualitätsarbeitern stecken, in einer Dauererwerbslosigkeit verkommen lassen?

Im Waggonbau haben sich die Verhältnisse in den letzten Wochen schnell zugespitzt. Die Hannoverische Waggonfabrik (Hawa) ist nach der Stilllegung völlig liquidiert worden, so daß ein Wiedereingangssetzen des Betriebes überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Die Waggonfabrik Uerdingen a. Rh., die mit 6 bis 10 vH Dividenden in den vergangenen vier Jahren zu einem der rentabelsten Unternehmen zählte, muß wegen gänzlichen Auftragsmangels gleichfalls die Betriebe schließen. Große Entlassungen haben in den Berliner und den westfälischen Betrieben des Orenstein & Koppel-Konzerns stattgefunden, die gleichfalls mit dem Mangel an Waggonbestellungen begründet werden. In dem bestfundierte Unternehmen der Waggonindustrie, der Waggon- und Maschinenbau AG, Görlitz (Wumag), die nach der scharfen Sanierung im Jahre 1925 10- und 12prozentige Dividenden ausschüttete, stehen augenblicklich Werksleitung und Gewerbeaufsichtsamit mit den Vertretern der Belegschaft wegen der völligen Stilllegung der Waggonfabrik in Verhandlung. In Breslau hat der größte Waggonkonzern Deutschlands, die Linke-Hofmann-Busch-AG, erst kürzlich 1000 Mann der Betriebsbelegschaft gekündigt, und jetzt sollen 25 vH der gesamten Angestelltenschaft entlassen werden.

Diese Zahlen sprechen Bände. Falls Regierung und Reichsbahn nicht wollen, daß der Arbeitsmarkt der Metallarbeiter über seine bisherigen Lasten hinaus noch mit Zehntausenden von erwerbslosen Waggonarbeitern überschwert wird, so muß sofort gehandelt werden. Nach den vorliegenden Auftragsbeständen im gesamten Waggonbau ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Industrie im Winter nahezu 100prozentig zum Erliegen kommt, wenn nicht eine liberalere Auftragspolitik der Reichsbahn Platz greift.

## Deutsch-französische Zusammenarbeit

Dieser Tage waren der französische Ministerpräsident Laval und der Außenminister Briand in Berlin bei der deutschen Regierung zu Besuch. Seit dem Jahre 1878 war kein französischer Minister in amtlicher Eigenschaft mehr in der deutschen Hauptstadt. Der Besuch war als Fortsetzung der Beziehungen gedacht, die der Reichskanzler bei seiner Anwesenheit in Paris angeknüpft hat. Die französischen Minister können von ihrer Berliner Reise die Überzeugung mitnehmen, daß bei der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung keinerlei unfreundliche Stimmung gegen Frankreich vorhanden ist. Im Gegenteil, wo immer Deutsche der Minister ansichtig wurden, haben sie mit Beweisen der Sympathie für das französische Volk und mit dem Wunsche nach einer innigen Zusammenarbeit nicht gegeizt. Insonderheit die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands wünscht ehrlich den Frieden und die Verständigung mit dem westlichen Nachbar. Wenn irgendeine Volksschicht, dann ist es die Arbeiterschaft hüben und drüben, die am meisten in dem Jahrhundertlangen Hader zwischen den beiden Nationen gelitten hat und die am inbrünstigsten ein besseres gegenseitiges Verhältnis wünscht.

Der Besuch der französischen Minister hatte außer seinem allgemeinen Zweck noch den eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Völker anzubahnen. Auch diesen Zweck müssen wir freien Gewerkschafter begrüßen, vor allem jetzt, in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise. Zur Förderung des Zwecks soll eine Wirtschaftskommission gebildet werden. Über ihre Aufgabe wird in einer amtlichen Verlautbarung der Minister beider Länder gesagt:

„Die Vertreter der beiden Regierungen sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Bemühungen zu vereinigen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden. Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten verspricht. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von beiderseits Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft, wie auch der Arbeiter, bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen aufliegen. Außerdem wird ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat eingerichtet.“

Die Aufgabe der Kommission soll sein, die die beiden Völker berührenden Wirtschaftsfragen zu prüfen, ohne dabei die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren. Gegebenenfalls sollen Vereinbarungen abgeschlossen werden, die zu neuen Organisationsformen führen (Internationale Kartelle?). Die Tätigkeit der Kommission soll nicht in Zollerhöhungen auslaufen. Es soll die Durchführung internationaler Abmachungen, und zwar vorerst über Schifffahrt und Luftverkehr, vorbereitet werden. Die Aufgabe der Kommission soll keine Abschließung, sondern die mögliche Erleichterung des internationalen Warenverkehrs sein. Es ist noch die Rede von Kolonialmandaten, Reparationslieferungen, Heranziehung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte an großen französischen Arbeiten usw.

Welche Gestalt der Plan der Zusammenarbeit in der Praxis annehmen wird, läßt abzuwarten. Bei aller Freude über die Bestrebungen dürfen wir nicht vergessen, daß Laval und Briand die Vertreter einer Regierung sind, die von der Schwerindustrie und dem Finanzkapital nachdrücklich beeinflußt wird. Und dessen Lied die deutsche Regierung singt, beweisen schon ihre Notverordnungen zur Genüge. Diese doppelte Tatsache bestimmt uns, den Plan mit aller Reserve anzusehen. Obwohl es heute schon nicht allzu schwer ist, herauszufinden, an wessen Nutz und Frommen bei diesem Plan zu allererst gedacht wird, wollen wir uns heute weiterer Worte enthalten.

Die Adam Opel AG in Rüsselsheim gibt bekannt, daß sie infolge Absatzstörung in dieser Woche nur an drei Tagen, je 6½ Stunden arbeiten läßt. Die Arbeitstage werden auf die zweite Hälfte der Woche verlegt.

**Die Metallarbeiter-Zeitung**  
gründlich lesen, dann weitergeben an  
Unorganisierte und Gleichgültige.  
Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

Die im Dienste des Kapitals stehende Nazipartei hat, damit die geldgebenden Unternehmer zufrieden sind und neue Mittel für den brüchig gewordenen Parteikarren hergeben, eine neue Gewerkschaftsparole herausgebracht: „Hinein in die Betriebe!“ Dr. Josef Goebbels, der in getreuer Nachahmung kommunistischer Vorbilder in Berlin einen „Aktionsausschuß“ zu diesem Zwecke ins Leben gerufen hat, will damit den „Marxismus in seiner eigentlichen Domäne aufsuchen und ihn hier zum Kampf herausfordern“. Am 1. September ist damit begonnen worden, und bis zum Ablauf dieses Jahres will man allein in Berlin „mindestens 12 000 Arbeitnehmer in den Betrieben“ für die Nazipartei gewinnen.

Doch scheinen die nationalsozialistischen Gewerkschaftseroberer schon jetzt Angst vor der eigenen Courage zu bekommen. Der starke Goebbels schreibt: „Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß der Kampf, der uns nun bevorsteht, alle bisher von uns durchgeführten politischen Auseinandersetzungen weit in den Schatten stellen wird. Wir greifen den Marxismus an seiner brüchigsten Stelle an. Dort, wo er verwundbar ist, schlagen wir zu. Er wird sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Der beginnende Feldzug bedingt harte Konsequenz und mutige Zähigkeit. Das Mundspitzen hört auf. Nun muß geprüffelt werden!“ Das hört sich von dem kleinen Goebbels sehr mutig an. Aber er muß sich gefallen lassen, daß die Gegenseite mit kräftigen Pfiffen antwortet.

Gleichzeitig müht sich der schreibkundige Pg. Engel, Betriebszellenleiter und Mitglied des neugegründeten „Aktionsausschusses“ ab, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Nazis „keine Feinde der Gewerkschaften“ sind. Mit ihrer neuesten Parole wollen sie nur die Gewerkschaften in „Volksorganisationen“ umwandeln. Engel versichert, daß der „Gewerkschaftsgedanke an und für sich gut ist“, aber die Gewerkschaften müssen „andere Führer“ haben, sie seien marxistisch verseucht. „Die Führung der Gewerkschaften taugt in den meisten Fällen nichts.“ Und um den Gewerkschaften „eine Führung von nationalsozialistischem Geiste“ zu schaffen, daher die Parole „Hinein in die Betriebe“. Die Kommunisten werden über diese Konkurrenz nicht wenig erbaut sein.

Den richtigen Führer für die Gewerkschaften haben die Nazis schon in dem Grafen Helldorf gefunden, der an die Berliner SA einen Aufruf erläßt mit der Aufforderung: „Heran an die roten Verbände!“ Der Herr Graf, der sicherlich auch Arbeiter ist und die Ausbeutung in den Betrieben am eigenen Leibe kennengelernt hat, versichert den Arbeitern, daß nicht „internationaler Marxismus, sondern preußischer Sozialismus ihre Ketten zerbrechen wird“. Der blaublütige Herr, der „stolz ist auf jeden Kämpfer, den die SA den roten Bonzen entreißt“ — was wir gerne glauben —, ist zweifellos der geeignetste Gewerkschaftsführer. Schade, daß man ihn erst jetzt entdeckt.

Damit die neueste Naziparole auch einen saftigen Hintergrund hat, wird über die „Bonzengehälter“ hingezogen. Wir brauchen dazu nichts zu sagen, denn jeder Gewerkschaftsmitglied weiß, was seine Verbände angestellten an Gehalt bekommen. Die werden nämlich in aller Offenheit von den Mitgliedern selbst festgesetzt. Aber es ist notwendig, hinter die Bonzenwirtschaft der Nazipartei zu leuchten. Die Nazibonzen schließen nämlich von sich auf andere. Es soll daher ein paar Tatsachen angeführt werden: Das Arbeitergericht Dresden hat vor kurzem zwei Direktoren einer Nazizeitung, die sich selbst ein Monatsgehalt von 1500 M bewilligt hatten, zur Nachzahlung von Löhnen verurteilt, weil sie ihre Zeitungsträger gezwungen hatten, untertariflich zu arbeiten. Das Festinkommen des Dr. Goebbels ist unwidersprochen auf 30 000 M gegeben worden; als sein Chauffeur Tariflohn verlangte, warf er ihn hinaus. Aus einem Rundschreiben Berlin SA-Leute führen wir folgendes an:

„Gar nicht schnell genug können unsere Abgeordneten gehen, wenn sie zur Kasse eilen, um die Tagesgelder einzuziehen und sich dann in feinen Autos und in glänzend gearbeiteten Gesellschaftsanzügen in die besten Theater und Bars begeben. Es muß doch sehr schön sein, im Smoking an den besten Rangplätzen sich den Bourgeois zu präsentieren und sich während der Pausen in den Wandelgängen mit Großagrariern und Industriellen zu begrüßen.“

Weiter heißt es in dem Rundschreiben, daß Arbeiter in der Partei keine Führerposten bekommen, die werden nur an studierte Leute vergeben. Diese betrachten die Partei als Geschäftsunternehmen, um sich zu bereichern. Erwähnt sei auch, daß Goebbels grundsätzlich den Standpunkt vertritt, Arbeiter dürfen keine Führerstellung bekleiden.

Das nennt sich Arbeiterpartei! Diese Partei, die allen ihren Betrieben keinen Tariflohn zahlt, will nun die Gewerkschaften erobern und „Volksorganisationen“ daraus machen. Die Nazipartei kann ihren großen Bonzenapparat nicht mehr ernähren; man sucht daher andere Unterkünfte. Diese Leute wollen den Kapitalismus überwinden und die Volkswirtschaft mit einer Schläge gesunden machen. Sie selbst werden sie „gesund machen“ und die Wirtschaft ganz auf den Hund bringen. Die Gewerkschaften wollen sie „reformieren“, deutlich gesprochen, auf Wunsch ihrer kapitalistischen Arbeitgeber sollen sie die Gewerkschaften zerschlagen. Bisher haben sie keinen Boden in den Betrieben gefunden, aber die geldgebenden Unternehmer drängen auf Erfolg; sie wollen ihr Geld nicht umsonst vertun, daher die Parole: Hinein in die Betriebe. Es ist selbstverständlich, daß diesen Burschen das Handwerk gelegt werden muß. Die Nazipartei nimmt vom Industriekapital und von den Großagrariern Geldunterstützungen in solcher Ausmaße an, daß sie sich in vollkommener Abhängigkeit vom Unternehmertum befindet. E. N.

## Unternehmerdreistigkeit

Aus Gelsenkirchen wird uns geschrieben: „Herrlich weit haben wir es in Deutschland, nicht zuletzt durch die Zerrissenheit der Arbeiterschaft, gebracht, soweit sogar, daß die Unternehmer es wagen, gegen jeden Vertrag, gegen jede Vereinbarung nach Belieben zu verstoßen.“

Wie zur Genüge bekannt ist, marschiert die Leitung des Schalker-Vereins der „Vesteg“ gerade auf diesem Gebiet an der Spitze. Diesmal geht es um den Lohnabbau, der auf Grund des Schiedsspruches vom 24. Juli 1931 vorgenommen wird. Nachdem der Spruch für verbindlich erklärt worden war, beilegte sich die Werksleitung mit der Betriebsvertretung eine Vereinbarung abzuschließen, in der der Abzug geregelt werden sollte. Damals, vor dem 9. August, wollte man den sozialdenkenden Unternehmer hervorkehren, um die Arbeiter zur Beteiligung am Volksentscheid zu bewegen. So schlug die Werksleitung der Betriebsvertretung eine Vereinbarung vor, nach der den Akkordarbeitern nicht mehr wie 4 vH abgezogen werden sollte. An sich war das ein Versuch, den Abzug auf alle Arbeiter gleichmäßig zu verteilen, da nach dem Wortlaut des Schiedsspruches wiederum die am meisten verlieren sollten, die am wenigsten hatten. Prozentual gerechnet, beträgt die im Spruch festgesetzte Lohnsenkung für den Facharbeiter 3,85 vH, für den Angelernten dagegen 6,25 vH. Die Mitte lag demnach etwa bei 5 vH. Aber, wie gesagt, der Volksentscheid stand vor der Tür, und da ließ man es bei 4 vH bewenden. Bei den Verhandlungen betonte der Vertreter der Werksleitung ausdrücklich, daß weitere Lohnsenkungen nicht beabsichtigt seien. Dann fiel der Volksentscheid ins Wasser, und damit war jede Hemmung für die Werksleitung beseitigt.

In der Modellschlosserei, der Röhrengießerei wurden die Leute prozentual nach den Verdiensten der Röhrengießereien bezahlt. Dadurch ergibt es sich, daß einzelne, wenn die Gießereien gut beschäftigt sind, über eine Mark Stundenlohn haben. (Im anderen Falle verdienen sie auch wieder weniger.) Das ist der Werksleitung aber nicht recht. Trotz des Abzuges von 4 vH eine Mark Stundenlohn ist den Herren Direktoren denn doch zuviel für einen Arbeiter. Schleunigst muß hier abgebaut werden. Aber wie?

Doch wer soviel l...tertümchen kennt wie ein Syndikus, ist am einen Ausweg nicht verlegen. Die Sache wird so gedreht: Der Betrieb wird dem Leiter des Reparaturbetriebes unterstellt, und der hat dann einfach die Löhne denen seines Betriebes, die wesentlich niedriger sind, anzugleichen. Als die Betriebsvertretung von den Arbeitern darauf aufmerksam gemacht, sich beschwerdeführend an den Vertreter der Werksleitung wendet, wird ihr gesagt, daß der Betrieb dem Leiter des Reparaturbetriebes unterstellt worden sei und der jetzt nicht zweierlei Löhne zahlen könne. Im übrigen, wenn der Arbeiterrat und die Arbeiter mit dem Abzug nicht einverstanden seien, würden eben die Akkorde sofort gekündigt. So ist denn auch verfahren worden.

Die Vereinbarung sah einen Abzug für Akkordarbeiter von 4 vH (vier vH) vor und weitere Lohnsenkungen waren vor dem 9. August nicht beabsichtigt! Diese Vereinbarung besteht aber für die Leitung des Schalker-Vereins nur solange, wie der Arbeiterrat sich daran halten muß; wenn es aber ihr selbst nicht in den Kram paßt, ist sie einfach nicht mehr gültig. Den Arbeitern wird der Akkord gekündigt, und der Lohn von z. B. 1,16 M auf 0,93 M oder um 19,8 vH herabgesetzt. Das war der Zweck des Wechsels in der Betriebsleitung. Zu diesem Zweck legte die Werksleitung die Modellschlosserei und die Reparaturwerkstatt zusammen. Als aber vor einiger Zeit die Arbeiter der Modellschlosserei den Antrag stellten, die Betriebe

zusammenzulegen, weil sie sonst zu wenig verdienen, da was das nicht möglich. Es ist, gelinde gelagt, eine Frechheit sondergleichen, auf solche Art die Arbeiter um den vereinbarten Lohn zu prellen.

Allein, der Versuch ist nur möglich, weil die Arbeiterschaft so zerrissen ist. Dank dieser Zerrissenheit fühlen sich nicht nur die revolutionären, sondern auch die gelben „Arbeiterfreunde“ furchtbar stark. Der Vorsitzende des „Reichsbundes deutscher Arbeiter“ suchte die Arbeiter im Betrieb einzeln an und wollte ihnen klarmachen, daß der Arbeiterrat in ihrer Angelegenheit versagt habe und sie sich besser stünden, wenn sie auf den Vorschlag der Werksleitung eingingen. Also diese „Arbeitervertreter“ versucht den Arbeitern klarzumachen, daß es besser sei, auf 19 vH des Lohnes zu verzichten, als auf Grund einer, einige Tage vorher abgeschlossenen Vereinbarung auf ihrem Recht zu bestehen. Diese Tatsache sollten sich die Arbeiter zur nächsten Betriebsratswahl merken.

Hier sei eine Frage an die Werksleitung erlaubt: „Werden die Stunden, die diese „Arbeitervertreter“ für dieses Einseitigmanöver versäumt haben, auch auf „Konto Kartoffellieferung“ gebucht? Die Arbeiter sind der Überzeugung, daß dieser Ehrenmann, wenn nicht im Auftrage der Werksleitung, so doch zu mindest im Auftrage des Herrn Syndikus gehandelt hat.“

## Der DMV eine politische Vereinigung

Zu welchen Blüten die Notverordnung vom 23. März 1931 treibt, zeigt folgender Vorfall:

Die Verwaltungsstelle des DMV in Ulm wollte in ihrer Filiale in Vöhringen eine Arbeitslosenversammlung abhalten, wo über die Auswirkung der Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung geredet werden sollte. Die Einladung richtete sich insbesondere an die Mitglieder unseres Verbandes. Die Filialeleiter meldete die Versammlung beim Bürgermeisteramt in Vöhringen an. Das zuständige Bezirksamt hat die Versammlung verboten. Es gibt dazu eine Begründung, die zu kostlich ist, um sie der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Man vernehme: Der DMV sei eine politische Vereinigung. Zutritt zu der Versammlung sei auch Arbeitslosen schlechthin gestattet. Der Saal, wo die Versammlung stattfinden solle, werde regelmäßig zu öffentlichen politischen Kundgebungen benutzt. In Vöhringen gebe es nicht nur Nazis, sondern auch Kommunisten. Gerade die Arbeitslosen seien infolge ihrer seelischen und wirtschaftlichen Notlage geneigt, radikalen Einflüssen zu unterliegen. Bei Auseinandersetzungen der gegensätzlichen Meinungen könne es zu schweren Ausschreitungen kommen. Es müsse alles vermieden werden, um die vorhandene Unruhe und Besorgnis nicht zu vermehren. Daher wurde die Versammlung verboten, weil — nach den Umständen zu besorgen ist, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet wird.“

Kostlich, nicht wahr? Weil der DMV sich mit der Arbeitslosen beschäftigt, ist er eine politische Vereinigung. Und weil es in dem Orte auch Nazis und Kommunisten gibt, könnte die öffentliche Ordnung gefährdet werden. Ist das nicht logisch? Mit dieser Logik lassen sich alle Versammlungen verbieten. Diese Logik aber entbehrt den Schein einfachster politischer Vernunft. Unsere Kollegen haben dann eine andere Versammlung einberufen und abgehalten, ohne sie anzumelden. Die öffentliche Ordnung ist dadurch nicht gefährdet worden. Einem hohen Bezirksamt sei das zu seiner Beruhigung mitgeteilt.



# Familie und Heim



## Wir wollen Menschen sein!

Angst geht um. Eine neue Geldkatastrophe? Ministerreden im Mikrophon: es sei ja alles nicht so schlimm. Keine Inflation, eher eine Deflation. Was birgt das andere Wort? Wird es hernach nicht doch auf dasselbe herauskommen? Werden wir, die Lastträger seit jeher, nicht doch wieder für die andern zu bluten haben? Geldknappheit? Gibt es denn gar keine Grenze nach unten? Wovon sollen wir leben, wenn das Geld noch knapper wird? Wer merkt etwas von Preisabbau? Was soll ich morgen auf den Tisch bringen?

Bis weit hinein in den Kochtopf greift die Krise des Kapitalismus, aber nicht in seinen eigenen! Es geht um das ohnehin schon knappe Linsengericht des Arbeiters, das soll noch magerer werden. Die Lebenshaltung der breiten Masse soll noch erbärmlicher werden, nur so könne sich das Vaterland noch einmal aufraffeln. „Wir müssen uns eben hochhungern“, hat der Kommerzienrat Reusch kürzlich auf einer Langnamtagung geäußert. Das „Wir“ kennen wir schon von früher. Mit diesem „wir“ wurde gegen Frankreich marschiert, „wir“ wurden zum Durchhalten in der Heimat begeistert, aber die Wir-Sager waren immer anderswo. Wir mußten durchhalten bei Steckrüben und Drahtverhau, derweilen sie ihre Geschäfte machten. So sollen wir auch jetzt wieder unter Begleitung sanfter Redeströme „durchhalten“. Wen durchhalten? Haben wir das nicht alle schon einmal erlebt?

Bis in den Kochtopf des Unternehmers dringt diese Krise nicht. In den Seebädern wimmelt es von Großverdienern nebst Familien. Was kann ihnen schon passieren? Zu Hause hat man das erstklassigste Personal (bei diesem Angebot, ich bitte! Sie!), und im übrigen hat man schon zeitig genug sein „Existenzminimum“ für sich und die liebe Sippschaft jenseits der Grenze sichergestellt. Und ob da gleich eine Regierung mit Notverordnungen anrückt: Das bekannte Schäffchen haben die großen Herren schon längst im Trocknen. Beim Geschäft hört der Patriotismus auf. Der ist ihnen nur eine Art Gebrauchsgegenstand für die Herstellung ölgler Reden und ebensolcher Zeitungsartikel. Kommt die Pleite, dann heißt es, Staat, du mußt helfen! Und der Staat in Gestalt der Millionen Steuerzahler hilft. Und wenn es gar zu brenzlich wird, auf die Hilfe ihrer ausländischen Standeskollegen können sie immer rechnen. Wo das System bedroht ist, da springen seine Nutznießer schon ein. Der Körper des Kapitalismus ist krank, und in Deutschland sind ein paar Eierbeulen geplatzt. Sorgen wir anderen Besitzenden dafür, daß wir uns nun nicht noch mehr anstecken. Sie bangen um ihre Trusts, um ihre Kartelle, um ihr Kapital und um alle sonstigen Geldverbindungen, die über die Grenzen hinweggehen.

Was die Geldfürsten einzig und allein fürchten, das ist der denkende Arbeiter, der gewerkschaftlich organisierte Mann und seine klassenbewußte Frau, das ist ein gescheultes Jungvolk, eine einige, geschlossene, handelnde Arbeiterinternationale!

Darum greift der Kapitalist in den Kochtopf des Proletariats. Darum zwingt er die Proletarierfrau zu der Tagesfrage: „Was sollen wir essen, was sollen wir trinken, womit sollen wir uns kleiden?“ Für ihn sind diese Dinge nicht erwähnenswert. Er hat mit seiner Familie genug Wohnraum. (Von den kürzlich pleite gegangenen Lahusen heißt es, daß sie 107 Zimmer zur Verfügung haben!) Ihre Kinder erfahren eine sorgfältige Erziehung, eine pflegliche Behandlung, eine ausgezeichnete Ausbildung. Und wären sie auch die größten Schafsköpfe, für irgendein Fach wird ihnen die Reife schon hineingepreßt werden. Wenn sie nur die richtige Denkartung den Arbeitern gegenüber haben.

Die Frau des Kapitalisten ist alles andere denn Hausfrau. Den Vogel trägt sie nicht bloß auf dem Kopf; aber sie ist eine Dame. Ihr Haushalt liegt in treuen, aber schlechtbezahlten Händen. Keine schöne Gegend Deutschlands gibt es, die ihr verschlossen wäre wie der Frau des Proletariats. Und die Fahrt ins Ausland wird sie sich durch die hundert Mark Sonderzoll auch nicht verderben lassen. Sie hat gepflegte Hände, gepflegtes Haar. Sie kann etwas aus sich machen, und wenn sie gleich häßlich wie eine Nachteule wäre. Sie wird nicht mager von Sorgen; sie wird nicht elend von Entbehrungen, denn sie ist ja keine Proletarierfrau, die sich und ihren Kindern das so bitter nötige Stückchen Fleisch vom Munde abspart. Für sie gibt es keine Schranken, keinen Paragraphen 218, sie braucht sich keinen Wunsch zu versagen, denn Geld schließt tausend Tore auf. Sie haben Zeit für die verrücktesten Sachen, und die

Proletarierfrau am Herd weiß nicht, wie sie mit all ihren Pflichten zu Rande kommen soll, woher das Geld kommen könnte für das bißchen Garn, das sie zum Strümpfstopfen braucht. Draußen auf der Straße gehen ihre hungernden Schwestern auf und ab, die das letzte feilbieten, was sie haben: ihren Leib.

Wie, wenn sie alle aufstünden? Alle, die Frau neben dem Mann, der Greis neben dem Jüngling, der Arbeitslose neben dem Arbeitenden, eine geschlossene Front, keine Lücke neben sich, eng beieinander, Schritt für Schritt zugehend auf die Ausbeuter der Menschheit, auf diese fluchwürdige Sippe aller Farben? Und sie müßten weichen, immer mehr zurück in das Nichts, wohin sie gehören.

Eine Phantasie? Ein schöner Wunschtraum, allenfalls für ein Lied passend? Nein, nötigste Notwendigkeit! Tun wir den letzten entscheidenden Schritt zum Zusammenschluß! Das arbeitende Volk wird von den Trägern des kapitalistischen Systems noch in viel häßlichere Tiefen hinabgedrückt werden, wenn wir uns dem nicht geschlossen entgegenstellen.

Wir wollen nicht bloß immer ans Essen denken müssen! Unser Verstand ist uns zu kostbar. Wir wollen ihn uns nicht länger von qualvollen Sorgen zermühen lassen. Nicht mehr sinnlos wollen wir schuften, sondern sinnvoll schaffen. Wir wollen Freude haben an der Arbeit und teilhaben an Geschaffenen. Die Schätze der Erde sollen nicht mehr bloß eine Handelsware sein. Wir wollen heraus aus der Hetze. Wir wollen Freiheit haben und die Welt nicht nur von Bildern kennen lernen. Wir wollen das Wissen nicht nur tropfenweise aufnehmen dürfen. Heilbäder und Erholungsstätten sollen auch uns gehören. Die Schönheiten fremder Länder sollen auch unser sein. Nicht mehr soll Mutterschaft eine Qual sein; nicht mehr sollen Menschen auf das höchste Lebensglück verzichten müssen. Der Geist der Erfinder und Entdecker soll auch für uns lebendig gewesen sein. Wir wollen wahre Menschen sein. Hildegard K.

## Die Arbeiterin als Mutter

In den Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen hat man eine große gewerbehygienische Untersuchung durchgeführt, die sich mit der Frage der Wirkung der Fabrikarbeit der Frau auf die Mutterschaft beschäftigte. 3000 Fragebogen, die von Fürsorgerinnen und Fürsorgeärzten ausgegeben wurden, dienten dazu, das Ergebnis zustande zu bringen, über das wir den Bericht des Landesgewerbeärztes Dr. Telcky in der Deutschen medizinischen Wochenschrift finden.

Auch hier wurde erwiesen, daß die Arbeit der schwangeren Frau, wenn sie bis in die allerletzten Wochen vor der Geburt fortgesetzt wird, die Entwicklung des Kindes schädlich beeinflusst. So hat man auch verglichen, ob die Kindersterblichkeit größer ist, wenn die Mutter nach der gesetzlichen Schutzfrist von sechs Wochen die Arbeit wieder aufnimmt, als dann, wenn die Mutter auch nach diesen sechs Wochen der Arbeit noch fern bleibt. Hierbei wurde einwandfrei festgestellt, daß die Kindersterblichkeit dann, wenn die Mutter die Arbeit wieder aufnimmt, größer ist, als wenn die Arbeiterin auch noch weitere Wochen nicht arbeitet.

Hier ist einer der Punkte, an denen die Arbeit im Sinne des Volkswachstums einsetzen muß: soziale Kultur, Ausdehnung der Schwangerenunterstützung, Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung auf mindestens 3 Monate! Das sind die Forderungen der Gewerbehygiene im Sinne der gesunden Zukunft des Volkes.

## Lloyd George

Obschon Lloyd George vor zwei Jahrzehnten für die Frauenrechte eintrat, hatte er in einer Versammlung, die in seiner walisischen Heimat stattfand, einen schweren Stand.

Die Reden der „suffragettes“ oder Frauenstimmrechtlerinnen waren von unerhörter Heftigkeit.

Schließlich sprang eine in heller Wut auf und brüllte ihm zu: „Wenn Sie mein Mann wären — ich würde Ihnen Gift geben!“ Lloyd George, ohne die Höflichkeit zu verlieren, erwiderte sofort: „Und wenn Sie meine Frau wären, würde ich es nehmen.“

# Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1936 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1936

XXVII.

Marie drängt sich durch. Sie hört nicht, wie der Bierzapfer aufgeregt ihr zurnt, wo sie denn hin will. Sie läuft vorwärts, reißt die Tür auf.

Wo ist sie? Vor sich nur Rücken, nur Rücken von Männern und Frauen, einer neben dem anderen. Stille, die gespannt und sprunghaft ist, Flüstern, das heiß und verhalten durch die Stille springt, Atem, der durch geblähte Nasen pfeift, Klatschen, nochmals, nochmals, als ob einer Papier auf einen Tisch aufschlüge, jetzt leiert eine verrostete Stimme Zahlen; Aufatmen, Brustkörbe, die sich dehnen, Aufschrei, Befriedigung, Schenkelklopfen, Gläserklirren, Fußbescharen, Geldklimmern, Klopfen. Jetzt wieder die verrostete Stimme, gleichgültig sagend: „Ruhe, verflucht nochmal — neues Spiel — losmal setzen — Ruhezumdonnerwetter — vielleicht wollense noch mit zwei Pfennigen ne Altersrente rausholen, wa? — unterne Mark jeht nich — setzen, die Herrschaften — jeht nich mehr — Achtung, Spiel jeht los — Rubel!“

Marie steht lauernd. Wo ist sie? Sie schreckt hoch: Faustschläge auf den Tisch, Sturmflut erregter Stimmen, Durcheinander von Schreien, Brandung von Scharren, Kratzen, Treten, Husten, Fluchen, Gläserklirren, Atemziehen, Aufwiehern, Keuchen, Klatschen. Über allem dieser Dunst aus Bier, Körperschweiß, Tabakrauch, diese Ballung und dann diese Explosion. Marie schiebt sich vor, drängt sich rücksichtslos mit den Ellenbogen stoßend bis an den Tisch.

Verzerrter Blick durch blaugrauen Dunst erblickt: Augen, funkelnd, verschwommen, stechend, gierig, tückisch, gewaltsam, hoffnungslos; Hände auf der Tischplatte, rätselhaft, lebendige Eigenwesen, nervöse Leben, krampfende, zuckende, stoßende, greifende, klammernde Finger; auf der Tischplatte Geld, Häufchen aus Messing und Silber, Müllhaufen zerknitterter, zergriffener, zerballter Scheine, gierig lauernd und knirschend um ein Kartenspiel in der Tischmitte. Wie die Augen.

Und jetzt wieder die sagende, schnarrende, blecherne, rostige Stimme: „Spiel jeht los — Achtungachtung!“ Marie weiß jetzt. Jetzt begreift sie das Zögern des Kellners, jetzt erfaßt sie alles. Sie hebt den Kopf, sucht, sucht. Der Blick hetzt, fliegt, tastet um den Tisch.

Dort! Nur wenige Schritte seitlich: Fritz, vor sich zerknüllte

Scheine und Silberstücke; seine Finger, die irr über die Scheine wandern und die Markstücke wenden und drehen. Das Geld, das Marie zu Hause immer mehr und mehr entbehren muß, das Geld, auf das sie und die Kinder ein Recht haben, das Geld, das er ihnen stiehlt und das er hier fortwirft!

Marie schreit auf. Schrill geht ihr Ruf.

Wie von überaschendem Schlag getroffen duckt Fritz den Schädel, der schief lauernd über der Tischplatte steht. Man ist betroffen. Wer ist das? Die rätselhaften Hände decken sich über die Scheine und die nervösen Finger schirmen mit jäher Starrheit die Silberstücke. Man sieht sich an, schießt aus den Augen Fragen zwischen sich und Marie, die unsagbar weh blickend da steht und Fritz ihr Schweigen entgegenhält.

Die Erregung wächst, wird laut. Schimpfen und Fluchen. „Was ist denn los?“ Uble Gestalten, Zuhältergesichter und Straßenpack, geoffenbarte Verbrecher und Gelegenheitsgesindel, das bricht näher und glotzt, witzelt und hetzt. Hohn wird bissig und Spott peitscht.

Da sagt die rostige Stimme dazwischen: „Verflucht nochmal, dann geh doch raus, wenn du nich bleiben darfst, hau ab mit deiner Alten! Oder schmeiß die Hure raus! Eins von beidem, verflucht nochmal!“

Sekundenschnell — Fritz zuckt zusammen, blitzt Blick auf die Karten, schnell hoch, brüllt auf wie ein wildes Tier: „Raus-raus!“ Und schlägt hart und klatschend Marie ins Gesicht.

Laute Lache dröhnt auf. Nur hier und dort zischt es: „Schweinerell!“ Marie steht still, geducktes Gesicht, kalkweiße Blässe, aus der feuerroter Fleck flammend brennt.

Langsam, puppenhaft dreht Marie sich um. Setzt Fuß vor Fuß. Plötzlich ist eine Gasse da. Marie schreitet hindurch. Durch die Gasse, deren Leiberwände verhalten schweigen. Marie ist verschwunden.

Marie ist zu Hause und sitzt regungslos vor dem Küchenherd. Sie kann nicht mehr heulen. Alles in ihr ist trocken und ausgebrannt. Marie weiß nicht, was nun wird. Marie braucht Zeit, viel Zeit.

In dieser Nacht kommt Fritz nicht zurück. Erst am anderen Mittag kommt er, schlingt das Essen hinunter und geht wieder. Als ob nichts vorgefallen wäre.

In der Woche darauf wird Fritz im Warenhaus gekündigt. Er wird fristlos entlassen. Er war zu häufig fortgeblieben und trotz Mahnung zu oft im Dienst betrunken gewesen. Marie findet eines Morgens den Brief auf der Türschwelle. Er kann sie nicht weiter mehr erregen. Was soll er ihr besagen? Es ist ja alles so sinnlos. Wenn es wieder einen Sinn bekommen soll, dann braucht Marie Zeit, Zeit zum Nachdenken und Sichentschließen. Jetzt kann sie es nicht.

Denn sie muß ja auch arbeiten. Arbeiten wie bisher. Noch mehr als bisher. Denn: die ganze Last und Qual, sechs hungrige Mägen satt zu machen, ruht nun wieder auf Mariens Schultern allein.

Mariens Kopf hat es schwer. Daß der Rücken gebeugt ist von Arbeit und daß Arme und Beine manchmal versagen wollen vor Ermüdung, fühlt Marie nicht mehr. Ihr Kopf hat zuviel zu denken und läßt andere Empfindungen nicht zu.

Die Ereignisse überstürzen sich. Die Größe des eben Geschehenen wird klein, gemessen am Maßstab des Überholenden. Leid von gestern schrumpft zusammen zur Belanglosigkeit durch die Steigerung neuer Überfälle. Das Trommelfeuer der lautlosen Granaten beginnt.

Marie versucht aufzuhalten, in andere Bahnen zu lenken. Es ist alles zwecklos. Sie besitzt keinen Einfluß mehr auf Fritz. Auch die Freunde, die sie aufruft, können nicht helfen. Trude und Gerd werden ausgelacht, zur Wohnung hinausgeworfen. Der Armenarzt, der es versucht hat, muß es aufgeben. Der Direktor der Strafanstalt, den Marie in höchster Not aufgesucht hat, weiß keinen Weg mehr. Der Anstaltsgeistliche wurde vor verschlossener Türe von Fritz stehen gelassen. Sie zucken die Achseln. Was sollen sie noch tun?

Marie ist verzweiflungsnah. Verhängnisvolle Idee taucht in ihr auf: Sie will mit ihrem Leib den Mann zurückerobern, ihn halten, selbst auf die Gefahr hin, daß ihr Leib dabei zugrunde geht. Sie versucht Verführung.

Zwecklos: Fritz, der schon seit langem die Existenz ihres Leibes übersteht, dreht sich gelangweilt zur Seite. Er stößt sie nicht zurück, schlimmer, er beachtet sie nicht. Marie gibt es auf.

Jetzt versucht sie Letztes: Sie geht zur Polizei, klagt dort in erschöpfender, ergreifender Darstellung einsichtigen Beamten. Sie bestellen Fritz zum Revier, gehen mit ihm scharf ins Gebet, drohen ihm mit Überwachung, gegebenenfalls mit Arbeitshaus. Fritz schweigt und nickt nur zu allem. Seine verhaltene Wut, Haß und Rache muß nun Marie verspüren. Fritz, der Marie nicht versteht, vielleicht auch nicht verstehen kann, glaubt sich von ihr verraten, verfolgt, verkauft. So ist der Erfolg ihrer Rettungsaktion das: Mißhandlung und unverkennbar ernst zu nehmende Drohung, sie totzuschlagen, wenn sie das noch einmal versuchen würde.

Nun gibt Marie es vorerst auf. Sie beschränkt sich auf das ihr nun notwendigst erscheinende: Arbeiten und Heranschaffen. Sie fühlt, daß Fritz für sie bald verloren sein wird. Aber sie selbst darf nicht verlorengelangen, sie muß stehen und oben auf bleiben für die Kinder, die das Heim und die Mutter, besonders die Mutter, dringend brauchen.

Verantwortungsbewußtsein und Pflicht beherrschen Marie. Manchmal spielt sie, um sich zu festigen und zu rechtfertigen, mit Bildern. So: Was sie aufgebaut hat, das ist der Hafen, den die Speicher umstehen, aus denen sie nehmen und den Kindern und sich geben kann, damit sie leben und satt und stark werden. Sie selbst ist das Schiff, das hinausfährt und einholt und in die Speicher trägt. Sie darf nicht sinken! Wer sollte dann die Speicher füllen? Was sollte dann aus den Kindern werden? Marie fährt hinaus, tagtäglich und mit Vollkraft, sammelt, holt ein und trägt in die Speicher.

Aber es wird immer weniger dort. Immer schwerer wird es für Marie, das Geld zum Leben zusammenzuschuften. Sie hat das Zeitungenastragen wieder übernommen, sie hat gebettelt, bis man ihr endlich 150 Zeitungen überlassen hat. Das sind fünf Mark in der Woche mehr als früher. Fünf ganze, kostbare, unschätzbare fünf Mark.

Fritz kümmert sich nicht um die zu Hause. Er kommt nur, um das Essen hinunterzuschlingen und dann wieder zu gehen. Die meisten Nächte bleibt er fort. Kommt er jedoch, dann ist er betrunken, so maßloses Gröhlen und ekelhaftes Tyrannisieren, daß die Kinder vor ihm fliehen und sich in die Ecken ducken. Er ist arbeitslos, bleibt es. Er geht stempeln. Das Geld versäuft er und verbringt er mit Straßenweibern. Er ist so schamlos geworden, es Marie ins Gesicht hinein zu brüllen und dazu zu lachen.

Einmal spät nachts, als er — schwankend kreiselnde Stehaufpuppe und durcheinandergeratene Schreimaschine — betrunken ankommt, wächst in Marie der scharf überlegte Plan, ihn mit einem Beil niederzuschlagen und zu töten.

Dann erst, als sie in die Küche gegangen ist und dort das Beil vom Boden aufgenommen hat, wird sie kraftlos. Das Beil wird zentnerschwer und fällt zu Boden. Marie kann es nicht tun. Nicht aus der Überlegung heraus, daß es Sünde ist, einen Menschen zu töten. Etwas anderes, etwas Rätselhaftes, Unbestimmtes, Unbegreifliches hindert. Marie weiß, daß dies jetzt im Augenblick Unsin ist, aber sie entschuldigend und rechtfertigend sich damit, daß sie ihn um der Kinder willen nicht töten könne. Die verloren sein müßten, wenn sie — wie sie bestimmt glaubt — dann auf dem Schafott enden würde.

Aber jetzt kann Marie verstehen, daß ein Mensch den anderen töten kann und doch nicht schuldig ist. Jetzt ist ihr manches klar, das sie bisher nur kopfschüttelnd gelesen hat. Marie verdammt nicht mehr. Marie verdammt nur mehr den, der tötet ohne totzuschlagen.

Auch der Gedanke verführt, sich und die Kinder zu töten. Eines Abends, als sie in der Zeitung liest, daß eine Mutter mit ihren Kindern ins Wasser gegangen ist, um wenigstens so die Kinder vor der vollkommenen Verelendung zu retten, wird der Gedanke verlockend.

Sterben, ja — das wäre Rettung, wäre Erlösung, Befreiung und Ruhe für sie alle. Marie grübelt und sinniert. Ihr Gehirn macht schon bedenkliche Sprünge.

Sie scheint sich zu entschließen, schickt die Kinder schlafen, steht am Gasherd, reißt den Gasschlauch vom Kocher und will ihn schon zur Schlafzimmertür hinüberleiten — da wird sie wieder kraftlos, gibt es auf und schraubt den Schlauch wieder an den Kocher. Marie ist sich nicht klar über sich selbst, wird sich nicht klar. Sie weiß nicht, warum sie es nicht tun kann.

Liebt sie so stark das Leben? Das Leben, an das sie geglaubt hat. An das sie vielleicht immer noch glaubt? Die Kinder? Die Kinder können damit nichts zu tun haben! Was aber dann? Marie tappt im Dunkeln. Sie ist doch nicht feige? Sie scheint also doch noch an das Leben zu glauben. Und es doch schaffen zu wollen!

Sie schuffet weiter. Beißt die Zähne zusammen und schuffet weiter! Fährt aus frühmorgens, holt ein und rafft zusammen und trägt abends in die Speicher.

Aber was nützt das! Es ist alles nur für den Tag. Und morgen? Der „Notgroschen“ ist verzehrt. Es ist keine eiserne Munition mehr da. Marie muß jeden Tag für jeden Tag die Munition erschuffen.

(Wird fortgesetzt.)



# Verbandsleben



## Eine Kluft droht!

### Den Kopf hoch!

Eine Kluft droht! Droht? Ist sie noch nicht da? Und daran haben wir Erwerbslosen selbst teilweise die Schuld!

Man soll sich nicht gehen, nicht von der Hoffnungslosigkeit herunterziehen lassen. Kollegen, die noch — noch in Arbeit und Brot stehen, sollen wir nicht neiderfüllt gegenüber treten, auch nicht unnötig unsere Nöte beichten, denn der Arbeitende fürchtet wohl die Erwerbslosigkeit, kann aber die Schwere kaum begreifen.

Muß es uns erst ein jeder ansehen, daß wir arbeitslos sind? Müssen wir das zeigen durch unser Benehmen? Die zum Bersten gespannte Wut, den Ekel? Gewiß, im Wirbel toller Wünsche oder erwachender Instinkte vergißt man sich. Armut und Hunger entschließen leicht. Alles ist zu verstehen, zu verstehen, aber nicht zu entschuldigen ist es, wenn wir zu einem Stein des Anstoßes herabwischen.

Bei uns in Hannover liegt das Arbeitsamt mitten im brodelnden Verkehr, gleichzeitig am Ausläufer des Herrenhäuser-Park. Nun müßte man annehmen — viele tun es —, daß jeder, der seinen Stempel bekommen hat, aus dem Bereich des grauen Hauses eile. Nein, das Gegenteil Hunderte stehen auf dem an und für sich schon schmalen Bürgersteig, hemmen den Verkehr, lehnen an der Umzäunung, von Zeit zu Zeit von Schuppapatrouillen aufgeschauelt. Oft müssen Passanten vom Bürgersteig herunter, laufen Gefahr überfahren zu werden. Frauen werden belästigt, kollerndes Lachen verfolgt die Eingeschüchterten.

Muß das sein? Wenn man so etwas sieht, ballen sich zuckend die Hände.

In den Zugangsstraßen Trupps. Daneben die Anlagen, wo die Polizei machtlos ist. Hier stehen gleichfalls Gruppen. Jede Gruppe hat einen Redner. Bäume sind mit Hetzartikeln und Bildern benagelt. Publikum schleicht herum, horcht dazwischen, hört Meinungen, die nicht auf die große Masse der Arbeitslosen paßt, die ein falsches, verzerrtes Bild geben. Dicht daneben der brandende Verkehr: Fußgänger, Autos, Straßenbahn. Mit welcher Miene, mit welchen Eindrücken man diesen Platz passiert, ergibt sich von selbst. Mienen des Mitleids glätten sich, Verachtung wechselt mit Kopfschütteln. Dazu kommt, daß 30 bis 40 Motorräder dastehen; fast jeder dritte Erwerbslose qualmt. „Für Tabak und Benzin ist immer noch Geld da!“ hörte ich nicht nur einmal sagen.

Muß dieser Weg unbedingt mit dem Motorrad gemacht werden? Warum gehen diese Miterwerbslosen nicht weiter, nach Hause, nehmen ein Buch zur Hand oder treiben Sport? Warum besuchen sie nicht Versammlungen, die nichts kosten, oder Veranstaltungen, die ebenfalls kostenlos angeboten werden? Warum bildet sich der Erwerbslose nicht mehr?

So besuchte ich den Film „Im Westen nichts Neues!“ Ich habe die Fäuste geknallt, kochend stieg die Wut in mir hoch, weniger über den Film — der zeigte traurige Wahrheiten, die noch nicht einmal drastisch genug waren —, nein ich war erbost über das erwerbslose Publikum. Ein Blinder hätte vielleicht, nein bestimmt angenommen, es wäre ein Lustspiel, eine Komödie, die man zeigte. Wahre Lachsalven brausten die Wände hoch, als die anszubildenden Rekruten wie die Schweine sich im Dreck auf das Kommando „Himmelstoß!“ wälzen mußten. Ebenfalls lachte man, als man den eingedrungenen Feind im Schützengraben erschoss, erstach, erwürgte, niedertrampelte. Den Ernst, die Tragik, das Entsetzliche, das Grauen schienen die meisten gar nicht zu erfassen. Ein Kollege sagte neben mir: „Solange wir solche Menschen haben, die den Ernst des Krieges nicht erfassen, ist es um uns schlecht bestellt und der Krieg wird nicht aussterben! Wie recht hatte der Kollege.“

Also eine Kluft sogar unter uns — den Erwerbslosen! Die Kluft droht meines Erachtens nicht nur, sondern sie ist da. Wie sie aber überbrücken? Ein Programm dafür aufzustellen, um Arbeitende und Nichtarbeitende zusammenzubringen, scheint mir nicht ratsam. Nur Erwerbslosen-Zusammenkünfte kommen nicht zum Entstehen. Ich begründe dies damit, daß die Zusammenkünfte einestheils aus Bequemlichkeit, andertheils aus Scheu, die nur zu bekanntem, zerquältem, von Not zerrissenen Gesichter von der Stempelstelle einmal mehr zu sehen, gemieden werden. Besuche doch jeder unsere schon eingerichteten Versammlungen; es wird da von uns soviel geboten. Die Gewerkschaften geben sich wirklich Mühe. Ich anerkenne die Vorschläge, die ich bereits gedruckt in der MZ las, doch bezweifle ich die Durchführung.

Meinen arbeitslosen Kollegen, die gleichfalls auf die Schattenseite des Lebens gedrängt sind, möchte ich zurufen: Seid ihr auch arm, so verschlimmert nicht selbst noch euer Los. Ihr seid keineswegs rechtlos und verlassen. Ihr habt die Gewerkschaft und die Partei. Diese sind euer Hort und eure Rettung. Erwin Koch.

### ... als Heilgehilfen in dem Vergiftungsprozeß

Ein Teil unserer arbeitslosen Kollegen, die den Sozialismus nicht „richtig“ haben, die über die Grundursache der Arbeitslosigkeit nicht unterrichtet sind, verlassen uns, auch geistig, sobald die Unterstützung durch den Verband aufhört. Viele glauben, daß die nach ihrer Meinung längst fällige Machtentfaltung der Arbeiterklasse durch deren Führer verhindert werde, oder daß die „hohen“ Gehälter die Wurzel des Übels sei, weil sie die notwendige Aktivität lähmen. Dabei werden mit Absicht Gehaltssummen genannt, die das Mehrfache der tatsächlichen darstellen, so daß man ruhig richtige Zahlen bekanntgeben sollte (die Gehälter unserer Angestellten stehen ja in jedem Verbandstagsprotokoll Schriftl.), schon um die Wähler der politischen Geschäftsmacher zu unterbinden.

Wie ist denn zu begegnen? Die starken Einschränkungen der Betriebe brachten auch den Stamm der Belegschaften mit zum Abbau. Damit mußte ein großes Teil unserer besten Funktionäre ihr berufliches und agitatorisches Betätigungsfeld verlassen. Diese Kollegen gilt es mobil zu machen; sie müssen als Heilgehilfen wirken in dem politischen Vergiftungsprozeß der Stempelamtensphäre. Das mußte nicht nur geschehen durch gelegentliche Flugblattverbreitung, sondern der arbeitslose Funktionär muß auf dem laufenden gehalten werden, er muß die Vertreterversammlungen besuchen und sich mit den noch im Betriebe stehenden Kollegen aussprechen können. Die Organisationen sollten diese Beziehungen fördern, indem man den ehemaligen Vertrauensleute ihre vollen Vertreterfunktionen weiter ausüben läßt. Das ist zwar statutenwidrig, aber außerordentliche Zustände erfordern ebensosehr Mittel. Etwasiger Mißbrauch, der auch normalerweise vorkommt, wäre übrigens durch besondere Kästen und entsprechende Kontrolle auszu-schließen.

Sicher wird die Zusammenkunft der beschäftigten und nicht-beschäftigten Arbeiter nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse im Betriebe sein. An die Kollegen im Betriebe ergeht so immer erneut der Appell an die Solidarität, diesem starken Bündelglied für alle, die das proletarische Schicksal tragen.

Es müssen unbedingt Überstunden verschwinden und in jedem Falle sollte durch kürzere Arbeitszeiten weiteren Entlassungen vorgebeugt werden. Wie oft scheitert es hier aber an der Haltung unserer Kollegen, selbst vieler Arbeiterratsmitglieder, die in vielen kleinen und mittleren Werken immerhin einigen Einfluß auf diese Dinge haben, aber manches Erforderliche unterlassen. Es wäre z. B. denkbar, daß beruflich gleichwertige Arbeiter eines Betriebes je nach Lage und Fabrikationsweise in bestimmten Abschnitten in der Arbeitslosigkeit wechseln. Wir brauchen um den Bestand der Gewerkschaften nicht besorgt sein, wenn jeder Arbeitslose die Hoffnung hätte, früher oder später wieder in den Betrieb zu kommen. Man könnte das Auswechseln noch unterbauen durch Betriebsvereinbarungen oder gar durch überbetriebliche Richtlinien, die von Verband zu Verband für bestimmte Betriebe oder Gruppen zu treffen wären.

Die Gewerkschaften tun für die abgebauten Kollegen im allgemeinen das Möglichste; sie zahlen ihnen Sonderunterstützungen bei bestimmten Gelegenheiten, auch Kurse werden abgehalten, die aber nicht nur von vorgebildeten und aktiven Kollegen besucht werden, die durch den Verlust ihrer Existenz nicht den Glauben an den Wert und die Kraft der Organisation verloren haben. Vielleicht sind noch allgemeine Vorträge von Nutzen. Sie müßten an die Gesprächsstoffe der arbeitslosen Kollegen anknüpfen und die Ursachen der Zeitgeschehnisse zum Gegenstand haben. Verbindet man diese etwa regelmäßig monatlich zu haltenden Vorträge noch mit einer kleinen materiellen Zuwendung, dann wird sich wahrscheinlich der erwartete Besuch einstellen und damit schließlich auch die daran geknüpften Voraussetzungen.

Wie wäre es, wenn die Verbandsangestellten freiwillig für jeden teilnehmenden Kollegen einen Teller Suppe oder einige Rauchwaren finanzierten? Aller Kräfteinsatz materieller und ideeller Art wird sich letzten Endes moralisch und organisatorisch hoch verzinsen. L. L., Hannover.

### Wo ein Wille, ist auch ein Weg

Die Gefahr, mit unseren außer Arbeit stehenden Mitgliedern die Fühlung zu verlieren, ist sicherlich vorhanden. Es muß darum alles versucht werden, sie weiter an den Verband zu fesseln. Es hat aber während des Krieges auch schlimme Zeiten gegeben, die sich in der Inflation noch steigerten. Der Gedanke aber, meinem Verband, dem ich seit 1900 angehöre, den Rücken zu kehren, ist mir niemals gekommen. Gewiß, gab es manche Kollegen, die unsere Fahne verließen, daß waren aber solche, bei denen die Überzeugung für unsere Ziele und Ideen noch nicht tief genug saß. Diese Kollegen und Kolleginnen gilt es, nun weiter zu fesseln. Da nun zur Zeit die Magenfrage die Hauptrolle spielt, mache ich den Vorschlag, allen ausgesteuerten Kollegen bei der Kartoffeleinkellerung finanziell zur Seite zu stehen. Ich denke mir daß auf folgende Art: Laut Marktbericht kosten die Kartoffeln ab Bahnhof in der Regel 1 bis 1,50 M. Die Ortsverwaltungen stellen durch Umfrage fest, wieviel sie für ihre Mitglieder benötigen, sagen wir pro Kopf vier Zentner. Die Kollegen hätten nur den Preis von 1 bis 1,50 M zu zahlen, die übrigen Kosten trägt der Verband. Ein Versuch um Frachtverbilligung würde die Sache noch erleichtern, und das Quantum könnte erhöht oder verbilligt werden. Auf diese Weise könnte auch die Feuerungsfrage gelöst werden. Ich erinnere an die Zeiten, wo wir wochenlang doppelte Marken für Streikende geklebt haben. Es dürfte für vollbeschäftigte Kollegen nicht allzu schwer sein, eine Marke die Woche zu opfern, damit unsere arbeitslosen Mitglieder sehen, daß bei uns Solidarität herrscht.

Der Kollege Dahlheimer hat recht, wenn er schreibt, daß es nicht nur Jubilare feiern zu sein brauchen. Rufen wir ab und zu die arbeitslosen Kollegen zu einer Geselligkeit zusammen, wo man den Gemeinschaftsgeist pflegen kann. Wo ein Wille, ist auch ein Weg. Robert Hempel

### Nur tatkräftige finanzielle Hilfe

Der Artikel in Nr. 33 unserer Zeitung zengt von tiefem Verständnis für die Nöte unserer Arbeitslosen. Nach meinem Dafürhalten kann hier nur tatkräftige, finanzielle Hilfe Wandel schaffen. Auch die in Nr. 35 gemachten Vorschläge einiger Kollegen sind nicht geeignet, die ungeliebte Not zu mildern. Gesetzt, es würden Geselligkeiten veranstaltet, so ist hundert gegen eins zu wetten, daß außer den Veranstaltern niemand da wäre. Die arbeitslosen Kollegen sind eben gezwungen, mit dem Pfennig zu rechnen. Also mit Geselligkeitsabenden schließen wir die Kluft nicht. Was uns not tut, das ist Solidarität in des Wortes vollster Bedeutung. Und die Solidarität muß sich umsetzen in finanzielle Hilfe für die organisierten Kollegen.

Solange die Kollegen ihre statutarische Unterstützung beziehen, geht es noch. Ist sie aber beendet und die Mitglieder sind bei längerer Erwerbslosigkeit lediglich auf die staatlichen oder gemeindlichen Bettelpfennige angewiesen, dann kommt auch bei den langjährig Organisierten der Unmut und die Verzagttheit zum Durchbruch. Ich will keine Einzelfälle anführen für den schwierigen Versuch, solche erbitterten Kollegen den Wert der Organisation gerade jetzt klarzumachen. Oft wird von diesen Arbeitslosen auf den Unterschied zwischen ihrem Einkommen und dem der Beamten und Angestellten hingewiesen. Auch die zwangweise Kürzung der Gehälter wird übersehen.

Wäre es nicht, um bei unserer Bewegung zu bleiben, nicht besser gewesen, wenn sich alle freigewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Angestellten aus eigenem aufgerafft hätten, zu erklären: „Wir verzichten zugunsten unserer arbeitslosen Brüder auf soviel Prozent unseres Gehaltes!“ Glaubt mir, das wäre ein Flammzeichen für alle noch in Arbeit stehenden gewesen, und auch diese hätten trotz Lohnabbau ihr Scherflein für die erwerbslosen Verbandskollegen beigetragen. (Vollkommen richtig. Darum haben, soweit wir zu sehen vermögen, alle unsere Partei- und Gewerkschaftsangestellten auf 10 bis 20 und noch mehr vH ihres Gehaltes verzichtet. Die Angestellten unseres Verbandes im besonderen tun das seit einem Jahre. Das ist zweimal in der Metallarbeiter-Zeitung, allerdings nur nebenbei, mitgeteilt worden. Für unsere Angestellten ist es einfach selbstverständlich, daß sie tatkräftig an der Linderung der Not der erwerbslosen Kollegen mithelfen. Schriftleitung.) Ich bilde mir durchaus nicht ein, daß durch die Verringerung des Gehalts unserer Angestellten die Not der Arbeitslosen aus der Welt geschafft wird, aber ich bin der Meinung, daß solche Handlungsweise von allen Arbeitslosen als ein Akt der Solidarität gewertet würde. Außerdem würde den Schreien von rechts und links ihr wertvollster Agitationsstoff entzogen.

Ich wage nun nicht gerade zu hoffen, daß meine Ansichten bei der Schriftleitung (Warum nur nicht? Schriftl.) und allen denen, die es angeht, begeisterten Beifall finden werden. Aber ich habe mich verpflichtet gefühlt, zu sagen, wie das gewerkschaftliche Interesse zu fördern ist. Paul L., Unterkassier.

### Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 67 50 — 67 53

Mit Sonntag, dem 11. Oktober, ist der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Oktober 1931 fällig.

### Aenderung der Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse

Vom 4. Vierteljahr 1931 an werden die Farben der Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse gewechselt.

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der ersten Beitragsklasse (Grundbeitrag 1,10 M) wird grün (bisher rot).

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der zweiten Beitragsklasse (Grundbeitrag 0,85 M) wird rot (bisher grün).

Die neuen Beitragsmarken gelten von der 40. Beitragswoche (27. September 1931) an. Nach dem 27. September dürfen Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse mit den alten Farben nicht mehr verwendet werden.

### Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Zittau: Der Schlosser Paul Hoffmann, geb. am 13. August 1885 zu Ullersdorf, Mitgliedsbuch Nr. 5923 470, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

### Öffentliche Aufforderung:

Der Schlosser Georg Schwarting, geb. am 9. Januar 1904 zu Osternburg, Mitgliedsbuch Nr. 5994 506, bis März 1931 in Oldenburg i. O. angemeldet, wird hierdurch aufgefordert seine Adresse dem Vorstand mitzuteilen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

### Der Verbandsvorstand

### Verbandsanzeigen

Delmenhorst: Lokalgeschenk wird nicht gezahlt.  
Hagen i. W.: Lokalgeschenk wird nicht mehr gezahlt.

### Jubilare feiern

Am 29. August feierten die Eilenburger Metallarbeiter 40-jährige Bestehen des DMV sowie ihrer Verwaltungsstelle. Verbunden wurde diese Feier mit einer Ehrung von 46 Jubilaren, die 25 Jahre und länger der Organisation die Treue gehalten haben. Trotz der schweren Zeit war der Saal der Stadthalle dicht gefüllt. In anerkannter Weise hatten sich die freien Sänger, freien Turner und die Arbeiterjugend zur Verfügung gestellt, um die Feier ausschmücken zu helfen. Die Festrede hielt Kollege Langer, Halle. Er übermittelte den Jubilaren den Dank des Vorstandes sowie der Bezirksleitung durch Überreichung einer Ehrenurkunde und einer silbernen Nadel. Die Jugend forderte er auf, sich an den Jubilaren ein Beispiel zu nehmen. Er schilderte die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle und wies hierbei auf den Kollegen Fritz Bosold hin, der vor 40 Jahren den im Jahre 1889 gegründeten Eilenburger Metallarbeiter-Fachverein dem DMV zuführte. Für diese seltenen Treue wurde dem Kollegen Bosold, der trotz seiner 76 Jahre noch ziemlich rüstig ist, besonderer Dank erstattet. Ein Tanz hielt die Teilnehmer bis in die frühen Morgenstunden zusammen.

Am 3. September 1871 stifteten die Dortmunder Klumpnermeister dem damals bestehenden Gesellenverein der Klumpner gesellen eine Fahne als Zeichen für „gute Zucht und Ordnung wie sie bei den Gesellen sei“, sagte der Obermeister bei Überreichung der Fahne. Als der Gesellenverein geschlossen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertrat, nahm er die Fahne mit und behielt sie trotz der Anstrengungen der Meister. Seit dem ging die alte Fahne den Dortmunder Kollegen voran, bei allen Streiks der Klumpner hing sie im Streiklokal, und manchmal wackere Klumpner wurde in dieser Zeit von ihr zum Grabe geleitet. Nun wurde der 60. Jahrestag der Fahne gewürdigt. Der Bezirkssekretär Klewer schilderte dabei die bewegte Vergangenheit der Fahne mit der Mahnung an die Jungen, der alten Fahne gleichfalls treu zu bleiben. Eine von der Verwaltung gestiftete Schleife nahm der Branchenleiter, Kollege Bilitzki, dankend entgegen.

### Emil Dittmer 25 Jahre Gewerkschaftsredakteur

Der Redakteur der „Gewerkschaft“, Kollege Emil Dittmer, konnte am 1. Oktober auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Als er gewählt wurde, war der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter noch eine kleine Gewerkschaft. Nach der Verschmelzung mit dem Verkehrsbund wurde die „Gewerkschaft“ das Hauptblatt des Gesamtverbandes. Dittmer wurde zugleich Hauptschriftleiter dieses Verbandes. Die „Gewerkschaft“ hat heute die zweithöchste Auflage unter den deutschen Gewerkschaftsblättern. Dittmer war nicht nur Redakteur, sondern auch Vorstandsmitglied des Gemeindearbeiter-Verbandes und später des Gesamtverbandes. Daneben widmete er sich einer regen politischen Tätigkeit. Er war mehrere Jahre Berliner Stadtverordneter und ist seit elf Jahren unbesoldeter Stadtrat im Bezirk Kreuzberg in Berlin. Hier verwaltet er das Bildungsdezernat und das der Jugendpflege. Möge er seine Tätigkeit als Redakteur eines großen Gewerkschaftsblattes noch lange fortsetzen.

### Seid abermals gewarnt!

Oft und oft haben wir unsere Mitglieder gewarnt, Verträge mit Firmen abzuschließen, die irgend etwas in den Handel bringen wollen. Viel Erfolg scheinen unsere Warnungen nicht gehabt zu haben. Denn jetzt meldet unsere Hamburger Ortsverwaltung von einem Reinfall eines unserer Mitglieder, das nun kommt, um vom Verbands Rechtsschutz zu erhalten. Rechtsschutz kann in solchen Dingen nicht gewährt werden, weil das Statut dem entgegen steht. Bei dieser Gelegenheit ermahnt die Hamburger Verwaltungsstelle besonders, nie einen Vertrag einzugehen, deren Gerichtsstand sich weit von dem Orte des Vertragspartners befindet.

# Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich

J. B. Wenn gleich es immer noch bornierte Unternehmer gibt, die trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit und des gewaltigen Warenüberflusses am liebsten 60 Stunden in der Woche arbeiten lassen möchten, so findet man andererseits doch steigendes Verständnis für die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verkürzung der Arbeitszeit. Wogegen sich die meisten Unternehmer wehren, das ist die Forderung nach einem Lohnausgleich: Wenn weniger gearbeitet wird, soll eben auch weniger verdient werden, und wird die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden herabgesetzt, dann soll eben entsprechend weniger bezahlt werden. Dies ist natürlich sehr einfach, es geht aber an einem entscheidenden Punkte vorbei. Man muß den Unternehmern ganz klar vor Augen führen, daß durch ihre Lösungen die Krise keineswegs behoben werden kann.

Wäre die Leistung eines Arbeiters je Stunde immer gleichbleibend, dann könnte vielleicht die Auffassung der Unternehmer eine gewisse Berechtigung besitzen. Aber es ist doch so, und dessen sind sich die Herren Unternehmer zweifellos bewußt, daß durch die Rationalisierung und die mit ihr verbundenen Antreibermethoden die Leistung des Arbeiters ganz gewaltig gestiegen ist, ohne daß die Arbeiter einen entsprechenden Anteil an dieser Leistungssteigerung erhalten hätten. Man hat ihnen im Gegenteil sogar noch den auf eine bestimmte Arbeitsleistung entfallenden Lohnanteil auf dem Umwege über Akkordherabsetzungen oder durch direkte Lohnherabsetzungen noch herabgemindert. Der Arbeiter hat von der steigenden Leistung nicht das geringste erhalten; für ihn brachte sie nur erhöhtes Arbeitstempo, Vergrößerung der Unfallgefahr im Betriebe und vermehrte Ausbeutung.

Wie gewaltig die Kopfleistung der Arbeiter unter den Einwirkungen der Rationalisierung gestiegen ist, können wir in allen Industriestaaten verfolgen. Der Statistiker Jürgen Kuczynski hat für Deutschland sehr Beachtliches festgestellt, das mit geringen Abweichungen auch für alle übrigen Länder Geltung hat. Er setzt die Tagesleistung des Arbeiters im Jahre 1924, wo in Deutschland die große Rationalisierungswelle begann, gleich 100 und kommt für die folgenden Jahre zu nachstehenden Ergebnissen:

|       |     |       |     |
|-------|-----|-------|-----|
| 1924: | 100 | 1928: | 132 |
| 1925: | 116 | 1929: | 140 |
| 1926: | 125 | 1930: | 140 |
| 1927: | 133 |       |     |

Das bedeutet also, daß die Tagesleistung des deutschen Arbeiters in den sechs Jahren um 40 vH gestiegen ist, ohne daß die Arbeiter für diese Mehrleistung irgendwie entschädigt worden wären. Die Angaben über die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen erhärten diese Ergebnisse. So betrug der Erzeugungswert der deutschen Maschinenindustrie im Jahre 1924 insgesamt 2,9 Milliarden Mark, wobei 790 000 Arbeiter beschäftigt waren. 1929 betrug jedoch der Produktionswert bereits 4,9 Milliarden Mark, er war um 69 vH gestiegen, gleichzeitig sank aber die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 550 000. Rechnet man die Leistungssteigerung und die geringere Arbeiterzahl gegeneinander auf, so ergibt sich,

daß der einzelne Arbeiter in diesen wenigen Jahren seine Leistung ungefähr verdoppelte.

In der elektrotechnischen Industrie betrug 1928 der Produktionswert 3,1 Milliarden Mark, dabei waren 390 000 Arbeiter beschäftigt. Im Jahre 1929 stieg der Wert der Erzeugung auf 3,4 Milliarden Mark, die Zahl der beschäftigten Arbeiter sank jedoch um rund 10 000, die Durchschnittsleistung je Arbeiter hat sich im Laufe eines einzigen Jahres um etwa 13 vH erhöht. Ähnliche Beispiele finden wir in allen übrigen Industriezweigen und auch in allen Ländern. So haben die großen Skoda-Werke in Pilsen in der Tschechoslowakei im Laufe des letzten Jahres ihren Belegschaftsbestand von 32 000 auf 22 000, also um nahezu ein Drittel gesenkt, dabei jedoch den Umsatz um 10 vH gesteigert.

Wie schon erwähnt, ging mit der Rationalisierung statt eines Lohnaufbaues ein Lohnabbau Hand in Hand. Unter dem Vorwand technischer Verbesserungen und unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise hat man die Verdienste der Arbeiterschaft gemindert und so den Gegensatz zwischen Erzeugung und Kaufkraft der breiten Massen noch verschärft. Daß es dann zur Krise kommen mußte, daß die Krise unter diesen Verhältnissen immer würgender wird, ist ganz selbstverständlich, da eben die Kaufkraft immer geringer, die Erzeugung aber immer größer wird. Tatsächlich werden heute, allgemein gesagt, den Arbeitern die Löhne der Zeit vor der Rationalisierung gezahlt, während die Steigerung der Erzeugung und damit die Anhäufung von Warenlagern eine unbestreitbare Tatsache ist.

Wenn man also nunmehr daran gehen soll, die Arbeitszeit zu verkürzen und ihre Dauer den tatsächlichen Produktionsverhältnissen anzupassen, dann muß auch überall darauf geachtet werden, daß keine weitere Schmälerung der Arbeiterlöhne eintritt. Es ist kein Geschenk, das die Arbeiter fordern. Die Arbeiterschaft muß auf dem Wege des Lohnausgleichs bei Verkürzung der Arbeitszeit einen Teil des Mehrertrages ihrer Arbeit erstattet bekommen. Es ist ein Irrsinn, anzunehmen, daß die Wirtschaft durch weitere Verelendung der Arbeitermassen gesund gemacht werden kann. Aus Not kann immer nur neue Not, aber keine Besserung der Verhältnisse erwachsen. Dessen sollten sich alle die berühmten „Wirtschaftsführer“, die es jeweils ausgezeichnet verstehen, ihre eigenen Taschen zu füllen und immer nur bei den anderen zu sparen wünschen, durchaus bewußt sein.

Die gegenwärtige Wirtschaftsnot hat ihre eigene Note dadurch, daß sie aus dem Überfluß und nicht aus dem Mangel erwachsen ist. Man kann sie also nicht durch eine weitere Einengung des inländischen Absatzmarktes heilen, sondern im Gegenteil nur durch eine großzügige Förderung dieses Inlandsabsatzes. Für die Gewerkschaften ist es natürlich schwierig, in der gegenwärtigen Zeit, wo die wirtschaftlichen Machtverhältnisse so zugunsten der Unternehmer wirken, ihre berechtigten Auffassungen durchzusetzen. Sie werden aber diese Aufgabe unternehmen müssen, wobei sich auch die Arbeiterschaft selbst darüber klar sein muß, daß es nur ihre eigene organisatorische Kraft ist, die entscheidend in die Waagschale fällt.

Jahres 1924 ausgedrückt, eine wirkliche Belastung von 7,6 Milliarden Mark. Unter solchen Umständen meint Bevin die künstliche Herabsetzung des Geldwertes nicht vermeiden zu können.

Der Gewerkschaftskongress nahm dann für die Einführung der 40-Stunden-Woche und des bezahlten Urlaubs Stellung. Dabei war sich der Kongress dessen bewußt, daß im Augenblick ein Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung nicht erreicht werden kann. Aus diesem Grunde wurde der Vorschlag von einigen Delegierten bekämpft. Er wurde trotzdem mit großer Mehrheit angenommen.

## Kommunisten fordern 20 vH Lohnabbau

Die Kommunisten haben bekanntlich einige Konsumgenossenschaften heruntergewirtschaftet. Darunter befindet sich auch der Allgemeine Konsumverein Halle. Gegen ihn mußte der ZdA den Schlichtungsausschuß wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages anrufen. Durch Schiedsspruch wurde der zwischen dem ZdA und der Halleschen Einkaufsvereinigung bestandene Tarifvertrag wieder in Kraft gesetzt. Ein weiterer Schiedsspruch bestimmte, daß die Tarifgehälter um 8 vH gekürzt werden sollten. Diese Kürzung sollte nach Meinung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses nur infolge der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Allgemeinen Konsumvereins zugestanden werden. Über den weiteren Verlauf der Dinge wollen wir die Verbandszeitung des ZdA (Nr. 17) reden lassen:

„Den roten Konsumstrategen war aber das nicht genug. Nachdem sie vorher schon den Manteltarif abgelehnt hatten, hatten sie mit ihren RGO-Gelben sich einen regelrechten Werkvereinstarif-Ersatz fabriziert. Der Allgemeine Konsumverein legte dem Schlichtungsausschuß einen mit der RGO abgeschlossenen Gehaltstarif vor, der einen Gehaltsabbau von ungefähr 20 vH vorsah. Dieselben RGO-Leute, die nicht laut genug die freien Gewerkschaften des Verrats zeihen und keinen Pfennig Lohnabbau schreiben, schließen im Augenblick des Tarifstreits einen Gegentarif mit rund 20 vH Gehaltsabbau ab. Vernünftigerweise ging der Schlichtungsausschuß über den Gehaltstarif der RGO zur Tagesordnung über. Das hat den Allgemeinen Konsumverein veranlaßt, in einem Schreiben an den gesetzlichen Schlichtungsausschuß gegen seine Einstellung zu polemisieren. Dem Schlichtungsausschuß wird vorgeworfen, nur nach rein politischen Gründen geurteilt zu haben. Es wird weiter ausgeführt, daß die RGO eine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern ist mit dem Ziel, die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer (Lohn, Arbeitszeit usw.) zu verbessern. Gehaltsabbau von 20 vH — das nennen die Kommunisten, wenn sie Tarife abschließen, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer.“

## Volontärstelle bei einem Nazi

Am Arbeitsgericht Köln wurde am 9. September gegen eine „Maschinenfabrik“ verhandelt, die sich immer auf Lehrlingszuchterei verlegt hat. Trotzdem ist die Firma bankrott geworden. Bei der Betriebsstilllegung hatte der Geschäftsführer nicht daran gedacht, daß er mit seinen Lehrlingen einen sogar vierjährigen (!) Lehrvertrag abgeschlossen hatte. Als er sie nun auf die Straße setzte, ließ sich dies ein organisierter Lehrling nicht gefallen. Die Gewerkschaft reichte für den Lehrling Klage ein. Sie verlangte die Fortzahlung des Lehrlingsentgeltes und die Fortsetzung des Lehrvertrages.

In einer vorausgegangenen Güteverhandlung hatte sich der Unternehmer zu einem Vergleich bereit erklärt, indem er dem Lehrling eine Volontärstelle besorgte. Der Lehrling wäre mit einer derartigen Fortsetzung der Facharbeiterbildung auch sehr zufrieden gewesen. Es stellte sich jedoch heraus, daß der neue Lehrherr des Volontärs Nationalsozialist war. Anstatt daß dieser den Jungen ausbildete, schickte er ihn mit Auto und Nazibegleitern aufs Land, damit er bei den Großbauern Nahrungsmittel zusammenbettle. Die kostenlos erhaltenen Nahrungsmittel dienten dann zur Versorgung der Kölner nationalsozialistischen Sturmabteilungen. Nach dieser Bekanntmachung mit dem „Dritten Reich“ verließ der Lehrling die „Volontärstelle“.

Trotz dieser Tatsachen wagte der Geschäftsführer noch zu behaupten, er habe eine einwandfreie Volontärstelle besorgt; eine andere zu besorgen, sei schwierig, wahrscheinlich vollkommen unmöglich. Entschädigung irgendwelcher Art könne er nicht zahlen. Die Firma sei geschlossen, die Konkursmasse nur für die Gläubiger da. Überhaupt sei der Junge immer — faul gewesen. Schon längst hätte er den Jungen hinauskaufen wollen.

Der Gewerkschaftsvertreter wies diese dreisten Behauptungen zurück. In der Probezeit habe man von dieser Faulheit nichts bemerkt. Erst als auch alle Lehrlingszuchterei den Betrieb nicht mehr über Wasser hielt, stellte man „Faulheit“ fest. Im übrigen sei die Firma handelsgerichtlich noch nicht erloschen. Die Gewerkschaft würde dafür sorgen, daß ihr junges Mitglied auch noch beim Konkurs Geld und Recht erhalte.

Das Gericht verkündete: Der Lehrling hat als vorläufige Entschädigung 30 M zu erhalten, wenn das Lehrlingsverhältnis nicht ordnungsgemäß fortgesetzt wird, sind an den Lehrling noch weitere 200 M zu zahlen.

## In Polen Naturalunterstützungen

In Polen herrscht eine starke Arbeitslosigkeit, die sich von Woche zu Woche vergrößert. Polen zählt bei insgesamt 700 000 beschäftigten Arbeitern, von denen 100 000 bei öffentlichen Arbeiten tätig sind und im Winter arbeitslos werden, bereits jetzt über 250 000 Arbeitslose, von denen ein beträchtlicher Satz, in Lodz allein 35 000, zugleich obdachlos ist.

Zur Finanzierung der Arbeitslosenfürsorge wurde jetzt in Polen eine Krisensteuer nach — deutschem Vorbild und ebenso ungerecht wie in Deutschland eingeführt. Sie belastet die Einkommen aus Vermögen und Unternehmen mit 0,5 bis 4 vH, die Lohn- und Gehaltseinkommen mit 0,5 bis 10 vH. Da aber die Eintreibung der Steuern außerordentlich schwer ist und daher gewaltige Steuerrückstände vorhanden sind, soll das Finanzministerium ermächtigt werden, Steuerzahlungen in Gestalt von Weizen, Roggen, Gerste und Kartoffeln entgegenzunehmen. Auch Steinkohlen können statt Steuer angenommen werden. Die vier Bodenprodukte sollen den Steuerzahlern zu 10 vH über den Marktpreisen, die Steinkohlen zu den ordentlichen Marktpreisen, angerechnet werden. Die von den Finanzämtern auf diese Weise übernommenen Waren erhalten die Arbeitslosen als Naturalunterstützung, die auf die Geldunterstützung angerechnet wird. Die Kohlenindustrie, die ihre Haldenbestände bei dem Projekt loswerden kann, ist mit dem Gesetzentwurf sehr zufrieden, weniger die Landwirte, die infolge der schlechten Ernte des laufenden Jahres ihre Vorräte in späterer Zeit zu höheren Preisen zu verkaufen hoffen. Ob auch die Erwerbslosen über die Naturalunterstützung erfreut sind, darüber schweigt der Bericht. Die Arbeitslosen werden eben nicht gefragt.

# Der englische Gewerkschaftskongress

Der in Bristol stattgefundenen Kongress der englischen Gewerkschaften war getragen von der Stimmung ersten Kampfwillens gegen die neue Regierung und gegen die Diktatur des Finanzkapitals. An dem Kongress haben sich 587 Delegierte beteiligt, die 3 719 401 Gewerkschafter vertreten. Die Verringerung der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahreskongress in Nottingham betrug 25 000, sie dürfte jedoch zur Zeit der Kongreßöffnung durch Neuaufnahmen wieder ausgeglichen sein. Zurückgegangen ist die Mitgliedschaft im Baugewerbe und in der Textilindustrie, während die Gewerkschaften der Eisenbahner, der Buchdrucker und des Handels Mitgliederzunahmen aufweisen.

Die Rede des Vorsitzenden Hayday war eine scharfe Anklage gegen die Diktatur des Finanzkapitals, deren Herrschaft zur Zeit rücksichtsloser und vollständiger sei, als eine Militärdiktatur je ausüben könnte. „Solange der Staat die Banken nicht beherrscht,“ sagte Hayday, „werden die Banken den Staat beherrschen.“ Die Regierung wird nicht frei handeln können, solange sie die Finanzmächte nicht unter ihre Kontrolle stellt. Die Banken dürfen nicht in privaten Händen verbleiben. Auch in den Reden einer Anzahl von Delegierten fand die Erbitterung gegen die Diktatur des Finanzkapitals, das England den Abbau der Arbeitslosenversicherung und anderer sozialer Einrichtungen und den Abbau der Löhne aufdrängen will, stärksten Ausdruck.

Die Beratungen und Entschließungen des Kongresses waren sowohl der Abwehr des Sozial- und Lohnabbaus wie den Vorschlägen zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten gewidmet. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung wurde auf dem Kongress einmütig als Auftakt zum Lohnruck aufgefaßt, in der Erkenntnis, daß, je niedriger die Arbeitslosenunterstützung, um so leichter der Lohnruck. Indessen hält der Kongress diese Angriffe auf die Lebenshaltung der Bevölkerung nicht nur aus sozialen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen für abwegig; er verwirft das gegenwärtige System der Arbeitslosenversicherung aus Beiträgen der Arbeiter, Unternehmer und des Staates und verlangt an deren Stelle eine vereinheitlichte Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden sollen.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Reorganisation der Industrie. Die Rationalisierung zurückgelebener Produktionszweige ist entsprechend der früheren Stellungnahme des Gewerk-

schaftskongresses auch von dem jetzigen Kongress als Zwangsmaßnahme hingestellt worden, obwohl es nicht an Stimmen fehlte, die auf die Fragwürdigkeit einer zu weit getriebenen Rationalisierung hinwiesen. Eine Entschließung verlangt die planmäßige Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat, organisatorische Eingriffe in die Wirtschaft zur Förderung der Produktion und des Absatzes, öffentliche Regelung und Kontrolle der Preispolitik der Industrie und die Kontrolle der Kreditwirtschaft. Die früheren Beschlüsse über die Sozialisierung der Bergwerke wurden wieder erneuert, darüber hinaus wurde ein Antrag zur Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie angenommen. Dieser von der Gewerkschaft der Metallarbeiter eingebrachte Antrag sieht ein gemeinschaftliches Organ für die Eisen- und Stahlindustrie vor, das die Preise unter Berücksichtigung der verarbeitenden Industrie festsetzt und mit den ausländischen Produzenten Vereinbarungen abschließt. Dieses Organ soll auch berechtigt sein, die Einfuhr von Eisen einzuschränken oder zu unterbinden. Diese letzte Klausel, die als eine zollfreundliche Maßnahme gedeutet wurde, gefiel einer großen Anzahl von Gewerkschaftsvertretern nicht. Das war der Grund dafür, daß der Antrag für die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie nur mit geringer Mehrheit angenommen wurde.

Hinsichtlich des Zollproblems schloß sich der Kongress dem Vorschlag des Generalrats an und verzichtete auf die Annahme einer Resolution zugunsten der geplanten Einführung eines Zolls von 10 vH zur Beschaffung von Staatscinnahmen. Eine Kommission soll dem Vorstand über diese Frage demnächst Bericht erstatten. Allerdings erklärte der neue Vorsitzende der Arbeiterpartei, der frühere Außenminister Henderson, der im Auftrage der Partei auf dem Kongress eine große Rede hielt, er sei bereit, der Einführung solcher Zölle zuzustimmen, falls dadurch der Abbau der Arbeitslosenunterstützung verhindert werden könnte.

In der aufschlußreichen Rede des Gewerkschaftsführers Bevin spielte die Währungsfrage eine wichtige Rolle. Mit der durch Senkung der Warenpreise herbeigeführten Steigerung des Geldwertes wurden den Besitzern von Wertpapieren und den Gläubigern von Geldforderungen überhaupt gewaltige Vorteile zugeschanzt, während dem Staat als Schuldner wie sonst auch den verschuldeten Unternehmungen eine gewaltige Mehrbelastung aufgebürdet wurde. Die Staatsschuld von 6,3 Millionen Pfund verkörpert jetzt, in Kaufkraft des

